

Und was wollen die Bürger?

Damit die Politik nicht über die Menschen „drüberfährt“: Im Schatten des Wahlkampfs formieren sich Initiativen, die auf einen Ausbau der Demokratie drängen.

ANDREAS KOLLER

WIEN. Elf Parteien treten am 15. Oktober zur Nationalratswahl an. Elf Parteien verheißen, wenn auch mit unterschiedlicher Intensität, einen Ausbau der Demokratie. Doch auch (und vor allem) jenseits des Wahlzettels gibt es demokratische Impulse. Etliche zivilgesellschaftliche Vereinigungen treten mit Vehemenz für eine stärkere Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger bei politischen Entscheidungen ein. Die SN haben sich zwei davon näher angesehen.

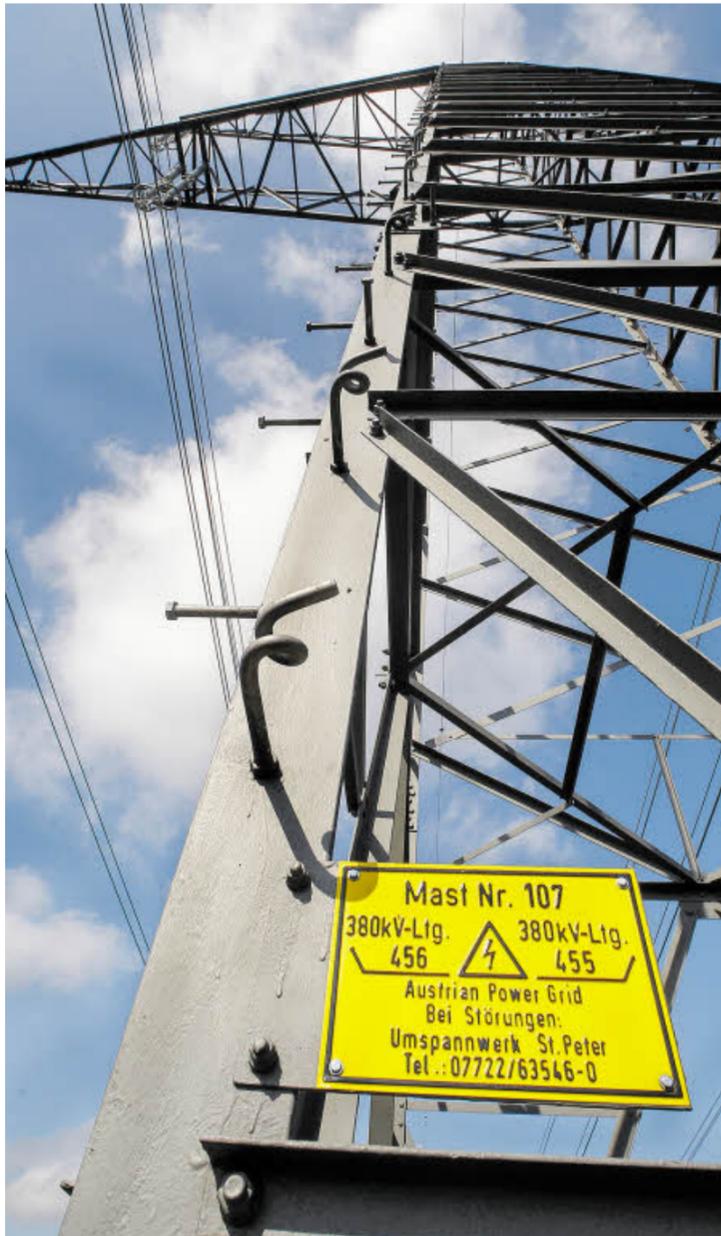
„Wir haben es so satt. Es ist unerträglich, dass die Politik ständig über die Menschen drüberfährt.“ Das sagt Herta Wessely, Gründungsmitglied der „Aktion 21“. Diese ist eine Dachorganisation für

SN-THEMA
Nationalratswahl 2017

Bürgerinitiativen quer durch Österreich. Ihr Ziel laut Selbstbeschreibung: „Eine wirksame Beteiligung der Bevölkerung an allen Planungen und Vorhaben durchzusetzen, die sich nachhaltig auf ihre Lebensqualität auswirken können.“

Die derzeitigen Großvorhaben, die der „Aktion 21“ ein Dorn im Auge sind, reichen von der 380-kV-Leitung in Salzburg bis zum geplanten Postzentrum in Langenzersdorf bei Wien.

„Aktion 21“-Mitbegründerin Herta Wessely ortet, was den Ausbau der direkten Demokratie betrifft, eine „gewisse Bewegung“ bei „den meisten Parteien“. Da dies aber nicht ausreicht und um im Wahlkampf Gehör zu finden, hat die „Aktion 21“ ein Manifest mit diversen Forderungen an die Politik verabschiedet. Darunter: die „verpflichtende Einbindung der BürgerInnen bei Vorhaben, welche die Umwelt und das Lebensumfeld der Betroffenen nachhaltig verändern“; die „sofortige Umsetzung des Transparenzgesetzes in Verbindung mit der Abschaffung des Amtsgeheimnisses“; die „Informationsverpflichtung mittels aller Medien“ über geplante Maßnahmen oder Vorhaben; und die „unverzögliche Umsetzung der Aarhus-Kon-



Die Bürger wollen bei Großvorhaben mitreden können. BILD: SN/ROBERT RATZER

vention“. Diese sieht den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten vor.

Wahlempfehlung gibt die „Aktion 21“ keine ab – man warte ab, „welche Gruppierung sich bereit zeigt, auf die Interessen der Bürgerinnen und Bürger einzugehen“, heißt es im Manifest. – „Direkte Demokratie nach dem Vorbild der Schweiz wird in Österreich wohl nicht umsetzbar sein“, sagt Herta

Wessely. „Aber wir verlangen, dass man uns stärker einbindet.“

Ebendies verlangt auch Erwin Leitner, Bundessprecher der Bewegung „mehr demokratie“. Diese Initiative tritt für „qualitätsvolle und faire Formen der direkten Demokratie ein, die ‚von unten‘ durch die Bevölkerung initiiert werden können“, schreibt Leitner.

Konkret zieht „mehr demokratie“ derzeit gegen die Tiroler Volksabstimmung über die Bewerbung für die Olympischen Winterspiele 2026

zu Felde. Die Fragestellung („Soll das Land Tirol ein selbstbewusstes Angebot für nachhaltige, regional angepasste sowie wirtschaftlich und ökologisch vertretbare Olympische und Paralympische Winterspiele Innsbruck-Tirol 2026 legen?“) sei „manipulativ und suggestiv“, heißt es in einem Gutachten, das der Rechtsanwalt Wolfgang List für „mehr demokratie“ erstellt hat. Daher plane man eine Anfechtung der Volksabstimmung vor dem Verfassungsgerichtshof.

Die von „oben“ angeordnete Tiroler Volksbefragung ist für „mehr demokratie“ ein Musterbeispiel dafür, „dass direkte Demokratie in den Händen von Machthabenden nicht gut aufgehoben ist“, schreibt Leitner.

Und reiht sich damit in den Chor jener ein, die die Instrumente der direkten Demokratie in die Hände der Bürger legen wollen.

Und was planen die wahlwerbenden Parteien? Die SPÖ kündigte eine Volksabstimmung über eine Verwaltungsreform an, auch will man ein etwaiges Regierungsabkommen den Parteimitgliedern zur Abstimmung vorlegen. Die ÖVP bekennt sich in ihrem Wahlprogramm



„Verlangen, dass man uns einbindet.“

Herta Wessely,
Aktion 21

zum „Ausbau der Instrumente direkter Demokratie“. Die FPÖ will einen „Ausbau der direkten Demokratie nach Schweizer Vorbild“. Die Grünen schreiben in ihrem Programm: „Direktdemokratische Instrumente sind, klug eingesetzt, eine Chance.“ Die Neos wollen „innovative, dialogorientierte Formen der Bürger_innenbeteiligung schaffen, die einen differenzierten gesellschaftlichen Willensbildungsprozess auch bei komplexen politischen Themen ermöglichen“.

Den radikalsten Zugang zur direkten Demokratie haben die Listen GLT und Die Weißen. Sie verzichten auf ein Parteiprogramm und wollen die Bürger über ihre Positionen bestimmen lassen.

Aktion Leben fordert Statistik zu Abtreibung

WIEN. Knapp 54.000 Menschen haben die von der Aktion Leben initiierte Bürgerinitiative „Fakten helfen!“ unterschrieben und sich damit für eine anonyme Statistik zur Abtreibung bzw. einer Motiverhebung ausgesprochen. Die Bürgerinitiative ist im Parlament dem Gesundheitsausschuss zugewiesen und dort zweifach behandelt worden, allerdings ohne Entscheidung, resümierte Generalsekretärin Martina Kronthaler. Die Aktion Leben drängt deshalb darauf, dass die kommende Regierung „einen neuen Stil zeigt und sich sachgerecht mit Bürgeranliegen auseinandersetzt“. Die Aktion Leben hat die Vertreter der Parteien im Wahlkampf um ihre Position für oder gegen eine anonyme Statistik ersucht. Das Ergebnis: SPÖ und Grüne sehen keinen Sinn in mehr Wissen über Abtreibungen. FPÖ und ÖVP sprechen sich dafür aus. Die Neos signalisieren ebenfalls Verständnis und Zustimmung. Die Liste Pilz beantwortete die Frage nicht, sie plädiert für eine Straffreistellung bei Schwangerschaftsabbrüchen. SN, APA

Einheitliche Standards für Pflege gefordert

WIEN. Gemeinsame Forderungen für die Ausgestaltung einer Pflegerreform haben Caritas und Volksanwaltschaft am Mittwoch in Wien gestellt. Österreichweit einheitliche Qualität in der Pflegeversorgung und gemeinsame Standards für die Finanzierung seien ein Gebot der Stunde, erklärte Caritas-Präsident Michael Landau in einer Pressekonferenz gemeinsam mit Volksanwalt Günther Kräuter im Vorfeld des Welt-Alzheimer-Tages am 21. September.

Um das Ausmaß des Problems zu verdeutlichen, verwies Landau auf die Demografie: Derzeit haben fünf Prozent der Bevölkerung Österreichs das 80. Lebensjahr bereits erreicht. 2050 werden es mehr als doppelt so viele – laut Prognosen mehr als eine Million Menschen – sein. SN, APA

Das bessere Österreich lässt die Alpenrepublik alt aussehen

Österreich ist nicht mehr das bessere Deutschland. Deutschland ist heute das bessere Österreich. Warum? Die Antwort ist ernüchternd.

Vor zwölf Jahren überraschte das deutsche Magazin „Stern“ mit dem Titel „Österreich – das bessere Deutschland“. Tatsächlich waren damals die österreichischen Wirtschaftsdaten deutlich besser als die vergleichbaren Werte in Deutschland. Heute ist es genau umgekehrt: In Deutschland herrscht Vollbeschäftigung und Österreich kämpft mit einer hartnäckigen Arbeitslosigkeit.

Nun muss man leider einräumen, dass das österreichische Arbeitsmarktwunder auch in der Vergangenheit einen Schönheitsfehler hatte: Durch das extrem frühe Pensionsantrittsalter wurde ein beachtlicher Teil der Arbeitslosigkeit versteckt. Nun hat sich an der geringen Erwerbstätigkeit der Älteren wenig geändert: Nur knapp 20 Prozent der 60- bis 64-jährigen Österreicher üben einen Beruf aus. Und trotzdem ist die Arbeitslosigkeit stark gestiegen.

Somit beschämt der Blick nach Deutschland, wo die Arbeitslosigkeit 3,7 Prozent beträgt, ge-

genüber 5,4 Prozent in Österreich. Im nördlichen Nachbarland sind 50 Prozent der 60- bis 64-jährigen erwerbstätig. Damit nicht genug: Außerdem haben sogar elf Prozent der 65- bis 74-jährigen ein Arbeitseinkommen. Und trotzdem herrscht Vollbeschäftigung. Die These, dass arbeitende Alte den Jungen die Jobs wegnehmen, hat sich als falsch erwiesen.

Vermutlich werden die österreichischen Leser nun den Kopf schütteln angesichts dieser Arbeitswut. Die geradezu höhnischen Kommentare über den germanischen Mangel an Gemütlichkeit und Lebensart ergeben sich fast zwangsläufig. Allerdings spucken auch nördlich der Grenze die Älteren nicht aus freiem, innerem Antrieb begeistert in die Hände und erhöhen das Sozialprodukt.

Das Geheimnis liegt zum großen Teil in den Pensionsreformen begründet, die zu Beginn des Jahrtausends durchgeführt wurden: Die in Deutschland gezahlten Renten sind deutlich

niedriger als in Österreich, der Abstand zum Aktiveinkommen ist groß. Viele haben keine Betriebspension und auch keine anderen nennenswerten Zusatzeinkommen. Also bemüht man sich weit über das 60. Lebensjahr hinaus um einen Arbeitsplatz.

Und die Praxis korrigiert verschiedene Stehsätze. Stehsatz Nummer eins: Es gibt keine Arbeitsplätze für Ältere. Es gibt sie doch. Stehsatz Nummer zwei: Ältere, die arbeiten, schaden den Jungen. Tatsächlich gilt eine andere Wahrheit: Jeder und jede, die arbeiten, lösen Arbeit für andere aus.

Kleiner Hinweis: Die österreichischen Pensionsreformen waren zwar weniger brutal als die deutschen, weisen aber in die gleiche Richtung. Schön langsam wird es auch in der Alpenrepublik ungemütlicher. Aber doch nicht morgen, auch nicht übermorgen.

WWW.SALZBURG.COM/BARAZON

